

DIE WAHL ZUM BUNDESPRÄSIDENTEN 2017

Am 12. Februar 2017 wählt die Bundesversammlung den 12. Bundespräsidenten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesversammlung ist die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik. Sie tritt nur alle fünf Jahre im Reichstagsgebäude zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. Bislang wurden vier Kandidaten für das Amt von den Parteien nominiert.

Die Nominierung zum Amt des Bundespräsidenten

Im Juni 2016 gab der Amtsinhaber Joachim Gauck (Jahrgang 1940, parteilos) bekannt, dass er aus Altersgründen nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stünde. Im Oktober 2016 schlug der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel als Kandidaten seinen Kabinetts- und Parteikollegen Steinmeier vor. Nach mehreren Treffen der Koalitionsspitzen einigten sich Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel auf den gemeinsamen Kandidaten: Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Dieser tritt im Februar 2017 gegen den TV-Richter Alexander Hold (Vorschlag: Freie Wähler Bayern), den Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge (Vorschlag: Die Linke) und den bereits im April 2016 von der AfD vorgeschlagenen Kandidaten Albrecht Glaser an.

Gruppenarbeit: Recherchieren Sie arbeitsteilig die Abstimmungsergebnisse der vergangenen Bundespräsidentenwahlen (bis zur Wahl von Roman Herzog). Stellen Sie diese in Form eines kurzen Steckbriefs auf einem Flipchart oder einer digitalen Präsentation vor.

Voraussetzungen zur Wahl

Gemäß Artikel 54 des Grundgesetzes (GG) muss der oder die Bundespräsident oder -präsidentin Deutscher oder Deutsche sein, das Wahlrecht zum Bundestag besitzen und das 40. Lebensjahr vollendet haben. Die Amtszeit dauert fünf Jahre. Eine erneute Amtszeit ist nur einmal zulässig. Der Bundespräsident darf weder einer gesetzgebenden Körperschaft noch der Regierung des Bundes oder eines Landes angehören (Artikel 55 Absatz 1 GG). Unvereinbar mit seinem Amt ist gemäß Artikel 55 Absatz 2 GG auch die Ausübung jedes anderen besoldeten Amtes, Gewerbes und Berufes. Der Leitung oder dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens darf der Bundespräsident ebenfalls nicht angehören.

Die Bundesversammlung

Die Bundesversammlung setzt sich aus den derzeit 630 Bundestagsabgeordneten und ebenso vielen Delegierten zusammen, die die Parlamente der 16 Bundesländer entsenden. Die Landesparlamente stellen jeweils Listen mit den Delegierten zusammen, die neben Politikern auch Sportler, Prominente oder verdiente Bürger umfassen.

Ablauf der Wahl

Zur Wahl des Bundespräsidenten treffen sich die Delegierten zur Bundesversammlung spätestens 30 Tage vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Bundespräsidenten im Plenarsaal des Bundestages in Berlin. Die Wahl ist geheim und erfolgt ohne vorherige Aussprache. Gewählt ist ein Kandidat, wenn er die absolute

Mehrheit erhält. Ist dies nicht der Fall, wird ein weiteres Mal abgestimmt. Ist auch dann keine absolute Mehrheit erreicht, reicht in einem dritten Wahlgang die relative Mehrheit eines Kandidaten. Nach erfolgter Wahl wird der Bundespräsident in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat vereidigt.

Aufgaben des Bundespräsidenten

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Er hat seinen Amtssitz im Schloss Bellevue in Berlin und in der Villa Hammer Schmidt in Bonn. Im Falle einer Verhinderung wird er vom Präsidenten des Bundesrates vertreten.

Der Bundespräsident:

- » repräsentiert Deutschland nach außen und nach innen,
- » vertritt den Bund völkerrechtlich und schließt Staatsverträge,
- » schlägt dem Bundestag den Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor,
- » ernennt und entlässt Kanzler, Minister, Bundesrichter, Offiziere und Bundesbeamte,
- » kann in besonderen Fällen den Bundestag auflösen (zum Beispiel nach gescheiterter Vertrauensfrage des Bundeskanzlers),
- » prüft und unterschreibt Gesetze,
- » kann Straftäter begnadigen, die von einem Bundesgericht verurteilt wurden,
- » soll sich von der Tagespolitik unabhängig und parteipolitisch neutral verhalten.

Partnerarbeit/Plenum: Suchen Sie in Partnerarbeit zu jedem Aufgabenbereich des Bundespräsidenten ein Beispiel aus den vergangenen Jahren. Vergleichen Sie im Anschluss Ihre Ergebnisse mit denen der anderen Gruppen und ergänzen Sie Ihre Liste gegebenenfalls.

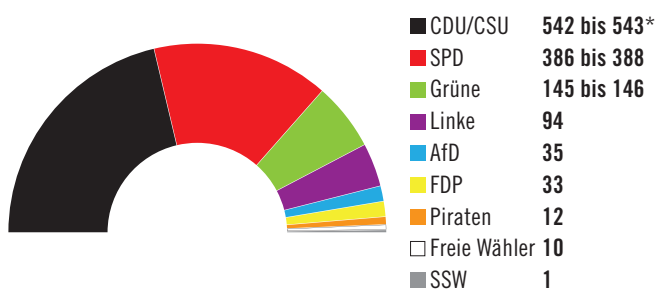
Kommentar zum Kandidaten der Großen Koalition

Der Hauptstadtkorrespondent des Mitteldeutschen Rundfunks Tim Herden kommentierte am 14. November 2016: „(...) Zum vierten Mal hat es die CDU-Vorsitzende (Angela Merkel, Anmerkung der Redaktion) versäumt, rechtzeitig einen überzeugenden Kandidaten aus den eigenen Reihen zu finden. (...) Die Ausrede ist erwartbar: Steinmeier sei ein Mann, der das Volk zusammenführen könne. Und es sei wichtig, gegen die aufkommenden populistischen Strömungen einen gemeinsam Kandidaten als Zeichen des Konsens der demokratischen Kräfte in diesem Land zu setzen. Genau das ist das falsche Signal, auch wenn der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier ein respektabler Kandidat ist. Doch viel wichtiger wäre es, dass die politischen Parteien in der Bundesversammlung den Mut aufbringen, jeweils eigene Kandidaten aufzustellen. Dann würde der politische Wettstreit zwischen unterschiedlichen Persönlichkeiten entscheiden. Das ist das Wesen der Demokratie. Doch besser wäre es, wenn das Volk in dieser Frage abstimmen könnte. Denn genau das vermissen die Bürger immer mehr: Nicht nur die Mitsprache bei politischen Entscheidungen. Sie wollen Parteien und Politiker nach ihrem jeweiligen politischen Profil und Programm unterscheiden können. So ist der Konsenskandidat Steinmeier eher ein Armutszeichen für die Demokratie als die verhinderte Kampfkandidatur mehrerer Konkurrenten. In der Vergangenheit war das kein Problem. Alle Präsidenten, die sich gegen starke Gegner durchsetzen mussten, verschafften sich trotzdem Respekt und Anerkennung vom Volk. Gute Beispiele sind Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens, Roman Herzog und Johannes Rau. In diesem Sinne wären mehr Mut und mehr Vertrauen der Parteien in die Demokratie wichtig – und: in eigene Kandidaten.“

Quelle: Tim Herden: „Warum Steinmeier das falsche Signal ist“, MDR aktuell, www.mdr.de, 14. November 2016

Einzelarbeit/Plenum: Erstellen Sie zunächst eine Liste der Argumente des Autors zur Kandidatenkür Steinmeiers. Setzen Sie sich mit der Kritik auseinander und nehmen Sie Stellung zu dem Kommentar des Autors. Diskutieren Sie im Plenum die Frage: „Ist Steinmeier der richtige Kandidat in dieser Zeit?“ wie es Angela Merkel formulierte.

Voraussichtliche Zusammensetzung der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten am 12. Februar 2017



* je nach Einwohnerzahl

Quelle: www.wahlrecht.de > Lexikon > Bundesversammlung